

KOMMENTAR



Wolfgang Mulke
empfiehlt Hilfen für die
Reisebranche

Doppelter Nutzen

Die schönste Zeit des Jahres in den eigenen vier Wänden zu verbringen, dürfte für die meisten Bürger eine grausige Vorstellung sein. Einen kleinen Hoffnungs-schimmer gibt es immerhin. Denn zumindest im späteren Verlauf des Jahres werden viele Urlaubsorte wohl wieder öffnen. Nur den Aufenthalt in den beliebtesten ausländischen Feriengäbieten werden sich die deutschen wohl abschminken können. Es ist nicht zu erwarten, dass die Grenzen zu den europäischen Nachbarländern und insbesondere zu den Ländern rund ums Mittelmeer wieder ganz durchlässig sein werden.

Für die inländischen Zielgebiete ist das eine gute Nachricht inmitten der existenzbedrohenden aktuellen Situation. Der größte Anteil der Deutschen verbleibt traditionell die Ferien im eigenen Land. In diesem Jahr könnte die Zahl der Urlauber und Übernachtungen durch fehlende Alternativen noch einmal kräftig ansteigen. Für die gebeutelte Branche kann dies ein kleiner Ausgleich für den entstandenen Schaden sein. Doch das wichtigste für Gastronomen und Hoteliers oder auch die Anbieter von anderen touristischen Leistungen besteht darin, die Zeit zu überstehen, in denen sie so gut wie keine Einnahmen erzielen können.

Deshalb sind die Überlegungen, der Tourismuswirtschaft finanziell zusätzlich unter die Arme zu greifen, zielführend. Anderenfalls verknappt sich durch Pleiten das Angebot an Betten und Restaurantplätzen voraussichtlich erheblich. Dies hätte nicht nur zur Folge, dass viele tausend Beschäftigte und Unternehmer arbeitslos werden, sondern auch eine massive Verteuerung der Urlaubsreisen. Auf Erholung sind Familien und Arbeitnehmer in diesem Jahr aber besonders angewiesen, um den Stress von Homeoffice und Kinderbetreuung abzubauen. Eine Hilfe für die Reisebranche dient daher sowohl der wirtschaftlichen Stabilisierung als auch der Gesundheit der Bürger.

Zukunft: Wirtschaftsweise sieht Deutschland gut aufgestellt

Schnitzer zuversichtlich

München. Die neue Wirtschaftsweise Monika Schnitzer ist zuversichtlich, dass Deutschland gut aus der Corona-Krise kommen wird. „Ich erwarte, dass die Wirtschaft mit der langsamen Lockerung der Maßnahmen auch rasch wieder ins Laufen kommt“, sagte sie. Der Anreiz, wieder aktiv zu werden bei den Unternehmen und auch der Nachholbedarf der Konsumenten seien groß. Dies gelte aber nur, wenn es gelinge, die Infektionen so unter Kontrolle zu bekommen, dass keine zweite Infektionswelle drohe, betonte die Wirtschaftswissenschaftlerin. Doch dafür sei Deutschland „gut aufgestellt“. Zwar werde nicht alles gleich schnell wieder ins Laufen kommen. „Aber dafür haben wir Rücklagen und Hilfen, um dort für Ausgleich zu sorgen, wo es nötig ist.“ Größere Sorgen als um Deutschland macht sie sich ums Ausland: „Wenn unsere Absatzmärkte wie China und die USA einbrechen und ins Krisenmodus bleiben, wird es uns schwerfallen, wieder auf die Umsatzzahlen zu kommen, die wir vorher hatten.“ dpa (BILD: DPA)



Aufgrund der Corona-Krise sind immer mehr Unternehmen zahlungsunfähig. BILD: DPA

Schließungen: Der Mannheimer Insolvenzanwalt Ulf Martini erwartet im Sommer und Herbst einen Anstieg der Firmenpleiten

„Krise für Änderungen nutzen“

Von Hannes Koch

Mannheim. „Seien Sie ehrlich zu sich selbst“, rät Insolvenzanwalt Ulf Martini. Für manche Firma könne es jetzt besser sein, den Betrieb einzustellen und 2021 neu zu starten.

Herr Martini, als Insolvenzanwalt beraten Sie Unternehmen, deren Existenz auf dem Spiel steht. Nun erhalten Sie mehr Anfragen. Hat das mit Corona zu tun?

Ulf Martini: Ja, sehr viele Firmen spüren die Krise – besonders diejenigen, die schließen mussten. Kolleginnen und Kollegen in anderen Kanzleien berichten Ähnliches.

Die Unternehmen erkundigen sich bei Ihnen oft nach der Möglichkeit einer Sanierung, einem speziellen Insolvenzverfahren. Welchen Sinn hat das?

Martini: Das Insolvenzrecht bietet einen Werkzeugkasten mit mehreren Instrumenten. Da geht es nicht nur darum, Firmen abzuwickeln und zu schließen. Eine andere Variante besteht darin, sie in Eigenverwaltung der bisherigen Eigentümer zu sanieren. Zum Beispiel im Rahmen eines Insolvenzplans muss man sich etwa mit den Gläubigern einigen, auf welchen Teil der Schulden diese verzichten, wie viel die Firma zurück-

Rechtsanwalt

■ Ulf Martini (Jahrgang 1969) ist Rechtsanwalt und **Spezialist für Firmeninsolvenzen**.



■ Er ist Partner der Mannheimer Rechtsanwältinnen PartGmbH in Mannheim.

■ Martini lehrt **Insolvenz- und Sanierungsrecht** an den Dualen Hochschulen des Landes Baden-Württemberg, sowohl in Mannheim als auch in Ravensburg. hako (BILD: ULF MARTINI)

zahlen kann. Eventuell geht es auch darum, neue Kapitalgeber ins Unternehmen hineinzuholen oder es aus einem geregelten Insolvenzverfahren heraus zu verkaufen.

Steckt im Sanierungsverfahren die Chance, zu überwintern? Nach dem Motto: Nächstes Jahr geht es neu los...

Martini: Nehmen wir als Beispiel eine Firma für Messebau. Da könnten die Eigentümer durchaus zu dem Schluss kommen, dass dieses Jahr gelaufen ist, weil die wichtigen Messen abgesagt wurden. Dann ist es vielleicht keine gute Idee, die

staatlichen Corona-Hilfen in Anspruch zu nehmen und sich weiter durchzuhangeln. Sinnvoller mag es erscheinen, jetzt den Insolvenzantrag zu stellen, vorhandene finanzielle Reserven zu sichern und im Januar neu anzufangen.

Wie lautet Ihr Rat an die Firmen? Martini: Seien Sie ehrlich zu sich selbst. Man kann die Krise nutzen, um Veränderungen vorzunehmen, die sowieso notwendig erschienen. Eventuell ist nun die Gelegenheit, sich von Produkten und Produktionslinien zu trennen, die eigentlich schon länger nicht mehr konkurrenzfähig waren.

Erstaunt Sie, dass Unternehmen, die bis vor kurzem florierten, schon nach vier Wochen die finanziellen Reserven ausgeben?

Martini: Nein. Wir kommen aus einer zehnjährigen Wachstumsphase. Weil es insgesamt gut lief, überlebten auch schwache Geschäftsmodelle. Es war bekannt, dass die nächste Krise viele Unternehmen in Schwierigkeiten bringen würde.

Sollte man nicht erwarten, dass Geschäfte und Handwerksbetriebe bei normalem Betrieb Polsteranlegen, damit sie ein paar schlechte Monate überstehen?

Martini: Bei vielen klappt das, bei anderen nicht. Man darf nicht vergessen, dass auch große Unternehmen teilweise geringe Gewinnmargen erwirtschaften. Oft bewegen sie große Summen, aber es bleibt wenig hängen. Außerdem steigen in Boomphasen die Kosten stark.

Wenn Firmen wegen Corona die Miete nicht zahlen können, dürfen die Vermieter ihnen augenblicklich nicht kündigen. Was passiert, wenn die Mieten im Juli wieder fällig werden?

Martini: Viel hängt davon ab, wie lange die Schließung noch dauert. In jedem Fall sind die Mietzahlungen nur gestundet. Die Unternehmen müssen sie nachzahlen. Wir raten dazu, sich schon jetzt mit den Vermietern über diese Situation zu unterhalten – auch wenn manche darauf hoffen, dass die Politik den Kündigungsschutz verlängert.

Rechnen Sie mit einer Welle von Pleiten im Sommer und Herbst?

Martini: Die Zahl der Insolvenzen wird dann wohl deutlich zunehmen. Kein Wunder: Zum Jahresbeginn 2020 hatten wir so wenige Insolvenzanträge wie zuletzt vor der Finanzkrise 2008. Dass dieser Zustand nicht ewig anhalten würde, war klar.

Tourismus: Reisebranche schwer getroffen / Regierung stellt Hilfen in Aussicht / Österreich signalisiert Entgegenkommen

Sommerurlaub auf der Kippe

Berlin. Strandurlaub an der Adria, Wandern in Österreich oder nur mal eine kleine Städtetour nach Paris – was davon in diesem Sommer möglich sein wird, ist noch völlig unklar. „Die Wahrscheinlichkeit, dass Urlaub in anderen Ländern im Sommer so leicht möglich ist, schätze ich aus gegenwärtiger Sicht eher als unwahrscheinlich ein“, sagte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am Donnerstag. Kurz darauf zog der Tourismusbeauftragte der Bundesregierung, Thomas Bareiß (CDU), nach. „Der Sommerurlaub dieses Jahr wird wahrscheinlich eher in Deutschland stattfinden“, sagte er der Funke Mediengruppe.

Zunächst einmal müssten touristische Reisen innerhalb Deutschlands wieder ermöglicht werden. Bis zum 3. Mai gilt: Im Inland sollen selbst überregionale Tagesausflüge unterlassen werden, die Hotels sind geschlossen. Am 30. April soll neu entschieden werden.

Im deutschen Hotel- und Gaststättengewerbe droht wegen der Corona-Krise nach eigener Darstellung



Geparkte Flugzeuge am Airport Düsseldorf. Wahrscheinlich bleiben auch in den Sommerferien viele Ferienflieger am Boden. BILD: DPA

etwa jedem dritten Betrieb die Pleite. Rund 70 000 Hotel- und Gastronomie-Betriebe stünden vor der Insolvenz, warnte der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) am Sonntag. Den gut 223 000 Betrieben ging bis Ende April rund 10 Milliarden Euro Umsatz verloren. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) stellt nun Unterstüt-

zung in Aussicht. „Natürlich schauen wir genau, ob und wo wir gezielt weitere Hilfen benötigen. Wir haben vor allem jene Branchen im Blick, für die es noch nicht so schnell wieder losgeht. Das Hotel- und Gaststätten-gewerbe gehört sicherlich dazu“, sagte Scholz der „Welt am Sonntag“. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sagte der „Bild am

Sonntag“: „Und klar ist, wir werden hier auch zusätzliche Hilfen benötigen, damit nicht ein Großteil der Unternehmen aufgibt und vom Markt verschwindet“. Altmaier nannte die Absenkung der Mehrwertsteuersatzes auf sieben Prozent einen „Vorschlag, der eine sorgfältige Prüfung verdient“. Er könne sich aber auch konkrete Hilfen bei Modernisierungen vorstellen.

Reisefreiheit bleibt eingeschränkt Österreichs Tourismusministerin Elisabeth Köstinger hat in Sachen Sommerurlaub ein Entgegenkommen gegenüber Deutschland angedeutet. „Die Einschränkung der Reisefreiheit wird uns in den nächsten Monaten noch erhalten bleiben“, sagte die ÖVP-Politikerin der Zeitung „Die Presse“. „Wenn Länder aber auch auf einem sehr guten und positiven Weg sind, wie beispielsweise Deutschland, dann gibt es durchaus auch die Möglichkeit, dass man sich bilateral einigt.“ dpa

► **Kommentar**

IN KÜRZE

15 Firmen suchen nach Mittel

Berlin. Mindestens 15 Unternehmen im deutschsprachigen Raum arbeiten an Medikamenten gegen das neue Coronavirus, sieben an Impfstoffen. Das geht aus einer Mitteilung der drei Pharmaverbände vfa, Bio Deutschland und Pharmig vom Sonntag hervor. Dabei erhoben die Verbände keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Unternehmen würden intensiv untereinander und mit weiteren Firmen kooperieren, hieß es darin. dpa

Karten verdrängen Bares

Frankfurt. Die Corona-Krise könnte Kartenzahlungen im Handel kräftig vorantreiben. Mit der Pandemie dürfte sich die Nutzung von kontaktlosen Bezahlfahrern, Giro- und Kreditkarten sowie mobilem Zahlen per Smartphone beschleunigen, glauben Zahlungsexperten der Beratungsfirma Oliver Wyman. Der Anteil von Barzahlungen nach Umsatz könnte bis 2025 auf 32 Prozent sinken, schreiben sie in einer am Sonntag veröffentlichten Studie. Zum Vergleich: Für das vergangene Jahr schätzten sie den Bargeld-Anteil auf 47 Prozent. dpa

Höheres Kurzarbeitergeld?

Osnabrück/Berlin. In der Großen Koalition mehren sich die Stimmen für eine spürbare Anhebung des Kurzarbeitergelds in der Corona-Krise. Nach SPD-Politikern plädiert erneut der CDU-Arbeitnehmerflügel für eine befristete Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, um Lohn-einbußen zu kompensieren. Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) sagte, in der Bundesregierung und mit den Sozialpartnern werde intensiv nach einer Lösung gesucht. In der Union wird auf die Finanzierbarkeit verwiesen, die FDP warnt vor Schnellschüssen. dpa

Wäschespinnen gefragt

Nassau. Die Corona-Krise treibt die Geschäfte des Haushaltswarenherstellers Leifheit an. Sehr gefragt seien derzeit Reinigungsgeräte oder Wäschespinnen, sagte der Vorstandsvorsitzende Henner Rinsche in Nassau. Er erklärt sich das unter anderem damit, dass wegen der Pandemie viele Menschen zuhause sind. Bei den Wäschespinnen sei das Geschäft auch angezogen, nachdem die Weltgesundheitsorganisation empfohlen habe, Wäsche in direktem Sonnenlicht zu trocknen. Das treibe den Absatz. dpa

GÜNSTIG TELEFONIEREN

Telefontarife Montag – Freitag

Ortsgespräche

Zeit	Anbieter	Vorwahl	Ct./Min	Takt
0-7	Sparcall	01028	0,10	60
		01052	0,92	60
7-12	Sparcall	01097	1,57	60
		01028	1,66	60
12-18	Sparcall	01028	1,66	60
		01097	1,67	60
18-19	Sparcall	01028	1,66	60
		01097	1,67	60
19-24	Sparcall	01028	1,66	60
		01097	1,67	60
0-7	Tele2	01013	0,94	60
		01078	0,87	60
7-8	Tele2	01011	0,52	60
		01078	0,87	60
8-18	Tele2	01098	1,24	60
		01078	1,21	60
18-19	Tele2	01098	1,24	60
		01078	0,87	60
19-24	Tele2	01098	1,24	60
		01078	0,87	60
0-7	Star79	01079	1,49	60
		01079	1,49	60

Ferngespräche

Zeit	Anbieter	Vorwahl	Ct./Min	Takt
0-7	Sparcall	01028	0,10	60
		01088	0,52	60
7-8	Sparcall	01011	0,52	60
		01078	0,87	60
8-18	Sparcall	01098	1,24	60
		01078	1,21	60
18-19	Sparcall	01098	1,24	60
		01078	0,87	60
19-24	Sparcall	01098	1,24	60
		01078	0,87	60
0-7	Tele2	01013	0,94	60
		01078	0,87	60

Festnetz zu Mobil

Zeit	Anbieter	Vorwahl	Ct./Min	Takt
0-24	Sparcall	01078	1,75	60
		01038	1,79	60
0-24	Tele2	01052	1,82	60
		01052	1,82	60

Alle Anbieter mit Tarifsansage
Kurzfristige Änderungen möglich

Quelle: Biallo.de
Stand: 17.04.20